

Jahresbericht 2014

Rückblick rechter Aktivitäten
in Kassel und Umgebung



Editorial

Das Jahr 2014 brachte für die rechte Szene in Nordhessen einige unerwartete Entwicklungen. Mit den aufkommenden Hogesa-Protesten der letzten Monate ist auch die Stadt Kassel häufiger in den Blickpunkt zum Teil überregionaler Medienberichterstattung gerückt. Mit dieser Zusammenfassung wollen wir möglichst umfassend rechte Strukturen und Aktivitäten von Neonazis in Kassel und Umland für das Jahr 2014 öffentlich machen und dokumentieren. Neben den Hogesa- und Kagida-Demonstrationen liegt ein weiterer Schwerpunkt dieser Veröffentlichung bei der so genannten "Kameradschaft Sturm 18 Cassel". Einen Blick zurück werfen wir auf das Treffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Kassel im vergangenen Mai. Weiterhin dokumentieren wir Auswärtsfahrten von regionalen Neonazis, Gerichtsprozesse und rechte Propagandadelikte aus der Region Nordhessen.

Ob Proteste gegen das Grundrecht auf Asyl, eine zeitgemäße Sexualpädagogik oder die verhasste Presselandschaft: Das Unbehagen von organisierten Neonazis, AntifeministInnen, besorgten WutbürgerInnen bis hin zu Linksreaktionären und VerschwörungstheoretikerInnen macht sich in vielfältiger Art und Weise deutlich. Dabei kann sich vor allem die organisierte Rechte an dem gestiegenen Mobilisierungspotential solcher Veranstaltungen erfreuen, mitmarschieren und ihre eigenen Akzente setzen. Während Großaufmärsche und andere Neonazi-Events tendenziell geschrumpft sind, offenbaren sich neue Schnittmengen antiemanzipatorischer, nationalistischer und antisemitischer Positionen.

Wir erheben mit diesem Reader keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Nicht alle Aktivitäten, die uns bekannt sind, sind auch in diese Zusammenfassung eingeflossen. Unsere Recherchen und Analysen sind außerdem nur so genau, wie wir auch Hinweise und Informationen über Übergriffe, Treffpunkte, Personen und andere Vorkommnisse erhalten. Aus diesem Grund sind wir auch 2015 auf Informationen von euch angewiesen.

Wir wünschen euch eine informative Lektüre.

Januar 2015, Antifaschistische Gruppe TASK

task.noblogs.org
task@riseup.net

Inhalt

"Die Rechte" Werra-Meißner-Kreis.....	4
Eichsfelder Heimattag.....	4
Sturm 18.....	5
Antisemitismus.....	6
Der KSV, seine Hools und die "Hooligans gegen Salafisten"	8
Kagida.....	10
Rassistische Mobilmachung.....	12
Montagsmahnwachen.....	13
Das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Kassel.....	14
Kurzmeldungen.....	16
Im Gerichtssaal.....	17
Fazit - das Jahr 2014.....	19

"Die Rechte" Werra-Meißner-Kreis

Weniger als ein Jahr existierte der Kreisverband der Partei "Die Rechte" Werra Meißner. Am 23.03.2013 wurde der Kreisverband unter Vorsitz von Maik Mosebach und seiner Partnerin Maria-Luise Süß-Lindert gegründet. Mosebach kandidierte 2009 noch bei der Landtagswahl für die NPD, Süß-Lindert ist ehemalige Aktivistin der "Deutschen Frauenfront" (DFF).

Unter dem Vorwand, den Landesverband neu zu strukturieren, wurden Anfang Januar alle Kreisverbände aufgelöst. Kurze Zeit später kam jedoch das Aus für den gesamten Landesverband. Damit ging das Trauerspiel um "Die Rechte - Hessen" zu Ende. Während man es 2013 nicht geschafft hatte, mit einer Landesliste zur Landtagswahl im September anzutreten, vertauschte die Partei wohl auch den Stichtag für die nötigen UnterstützerInnenunterschriften zur Europawahl 2014 mit dem der Kommunalwahl in NRW und konnte nur 1000 der nötigen 4000 Unterschriften vorweisen.

Seit neuestem begeistert sich Mosebach für die Kleinstpartei "Der Dritte Weg". So war er mit Süß-Lindert am 15.11.2014 auf dem sogenannten "Heldengedenken" des "Dritten Weg" in Wunsiedel. "Der Dritte Weg" ist als Nachfolgeorganisation des verbotenen Freien Netz Süd gegründet worden.

Sicher ist es kein Zufall, dass Anfang Juli in Eschwege Flyer des Dritten Wegs verteilt wurden. Ebenso wurden gegen Ende Oktober Flugblätter verteilt, in denen gegen Geflüchtete gehetzt wurde.

Eichsfelder Heimattag

Wie schon in den Jahren zuvor, fand am 17. Mai auch im vergangenen Jahr der maßgeblich von Thorsten Heise (NPD) organisierte "Eichsfelder Heimattag" statt. Das Festival war für die NPD 2014 besonders wichtig, da in Thüringen Landtags- und Kommunalwahlen stattfanden. Die NPD Eichsfeld kündigte 2014 großmundig das "Großkampfjahr für unsere nationalen Strukturen im Eichsfeld" an, in welchem der Heimattag die Rolle des volksnahen Familienfestes einnehmen sollte. Stattdessen kamen wie erwartet größtenteils einschlägig bekannte Neonazis.

Als Redner traten Szenegrößen wie Thorsten Heise, Udo Voigt (NPD EU-Parlament), Uwe Meenen (ehem. Landesvorsitzender NPD-Berlin), Patrick Wieschke (NPD Eisenach) und Wolfgang Juchem ("Aktion Freies Deutschland") auf. Der musikalische Höhepunkt waren die Auftritte von Sturmwehr, Tätervolk Hausmannskost, Priorität 18 und dem Liedermacher Frank Rennieke.

Trotz hohen Aufwands und frühzeitiger Bewerbung der Veranstaltung, fanden nur etwa 400 Gäste den Weg nach Leinefelde. Zwei Jahre zuvor waren es noch mehr als doppelt so viele. Für die Sicherheit war erneut die von Heise aufgebaute Kameradschaft "Arische Bruderschaft" zuständig, der auch vereinzelt Neonazis aus dem Raum Nordhessen angehören. Aus Kassel waren zudem Personen aus dem Umfeld von "Sturm 18 Cassel" anwesend.

Sturm 18

Die von dem Kasseler Neonazi Bernd Tödter angeführte "Kameradschaft Sturm 18 Cassel" ist im Jahr 2014, zumindest von Februar bis Juli, wieder verstärkt in der Öffentlichkeit aufgetreten. Dies hing maßgeblich damit zusammen, dass Tödter, welcher noch bis Februar wegen verschiedener Straftaten in der Justizvollzugsanstalt im hessischen Butzbach einsaß, entlassen wurde. Zuvor war Tödter in der JVA Hünfeld untergebracht. Er wurde nach Butzbach verlegt, als das "Knasthilfenetzwerk" "AD Jail Crew (14er)", welches er initiierte, aufflog. In den Monaten nach seiner Entlassung wurden Mitglieder von Sturm 18 häufig in der Innenstadt, vor allem am Friedrichsplatz, gesehen. Dort machten sie, was sie am besten können: Ihrer Alkoholsucht nachgehen und Menschen, die nicht ihrem Weltbild entsprechen, anpöbeln und bedrohen. So wurden Bernd Tödter und Tamara Folli auch am Abend des 20. April, dem Geburtstag Hitlers, gesehen, wie sie lautstark pöbelnd, Hitlergruß zeigend und an einer Baustelle randalierend ihren Heimweg aus der Stadt in den Schlangenweg bestritten.

Neben der Wohnung im Schlangenweg diente auch die Wohnung von Marion Weber mit Sascha Reuse als Untermieter in der Fiedlerstraße als Szenetreffpunkt, oft sah man einzelne Mitglieder sich in der näheren Umgebung aufhalten. Zudem kam es auch unter den einzelnen Mitgliedern zu gewalttätigen Auseinandersetzungen. So beispielsweise am 26. Januar in der besagten Wohnung, zu der schließlich sogar die Polizei anrücken musste, welche Melanie Tödter mit auf die Wache nahm, wo diese eine Beamtin schlug und versuchte zu beißen.

Bemerkenswert ist, dass Sturm 18 es geschafft hat, am 27.06. als Verein Sturm 18 e.V. offiziell anerkannt zu werden. Der Vereinszweck soll dabei die "Erhaltung der deutschen Schrift, Sprache und Kultur" sowie "Gefangenenhilfe" sein.

Jedoch endete auch diese erhöhte Aktivität wieder mit der erneuten Verhaftung von Bernd Tödter. Dieser sitzt derzeit wieder in Untersuchungshaft, ihm wird Vergewaltigung einer sechzehnjährigen und Körperverletzung seiner Mitbewohnerin und derzeitigen Partnerin Tamara Folli vorgeworfen.

Weiterhin waren jedoch auch einzelne Mitglieder, besonders Diana Weber, 2014 häufiger auf Naziaufmärschen unterwegs, so zum Beispiel in Hamm, wo sie mit Marcel Weifenbach in der ersten Reihe lief.



Marcel Weifenbach (rechts mit Basecap) und Diana Weber (links mit Sonnenbrille)

Antisemitismus

Demonstrationen

Im Zuge der Operation Protective Edge der israelischen Verteidigungskräfte, welche eine Reaktion auf den anhaltenden Raketenbeschuss durch die Hamas war, erlebte der Antisemitismus in Europa und maßgeblich auch in Deutschland im Sommer einen massiven qualitativen wie quantitativen Aufschwung.

Die erste, sich selbst als Demo für "Frieden in Palästina" behauptende, faktisch antizionistische wie antisemitische Veranstaltung mit Bezug auf die Militäroperation, fand am 15. Juli in der Kasseler Innenstadt statt und konnte deutlich über tausend Personen mobilisieren. Organisiert wurde sie nicht durch eine Gruppierung, sondern durch Einzelpersonen aus islamisch-religiösen Kreisen.

Entsprechend war die Demonstration, die sich einmal durch die Kasseler Innenstadt bis zum Rathaus bewegte, auch geprägt. Es wurden die üblichen Parolen wie "Kindermörder Israel" oder "Allahu akbar" skandiert und Transparente sowie Schilder mit geschichtsrevisionistischen und antisemitischen Holocaustvergleichen gezeigt. Die Grundstimmung war aggressiv, einige Jugendliche sprachen davon, später noch "Juden zu verprügeln".

Obwohl die Veranstaltenden, sowohl im Vorfeld, als auch während der Demonstration, ständig an die Teilnehmenden appellierten, sich nicht antisemitisch zu äußern oder provozieren zu lassen, zeigte sich der Hass auf Juden und den Staat Israel nicht nur in Form der mitgebrachten Schilder, sondern auch durch die mitgeführten Fahnen. So wurden nicht nur Palästina-Fahnen und durchgestrichene Flaggen des Staates Israel, sondern auch eine Flagge der Hamas gezeigt. Außerdem wurde eine übergroße, abgewandelte Fahne der Franco-Faschisten geschwenkt, auf ihr war zu lesen: "patriotismo asta la muerte" – Patriotismus bis zum Tod. Auch Symbole der islamistischen Organisation Isis waren auf Kopfbändern zu sehen.

Als der Demonstrationzug eine israelsolidarische Gegenkundgebung passierte, brach sich die Aggression schließlich vollends Bahn. Die Teilnehmenden der Kundgebung wurden antisemitisch wie sexistisch beleidigt und mit kleineren Gegenständen sowie mit Kleingeldstücken beworfen. Nur durch den Einsatz der eigenen OrdnerInnen und einer abgestellten BFE-Einheit konnte die relative Unversertheit der israelsolidarischen Demonstrierenden gewährleistet werden.

Bezeichnend war auch die Unterstützung der israelfeindlichen Demonstration durch Personen aus dem Organisationskreis der Montagsmahnwache sowie aus Teilen des antiimperialistischen Spektrums um die Organisationen Revolution, Arbeitermacht, SDAJ und MLPD. Nicht nur die Aluhut-Fraktion mobilisierte bereits im Vorfeld, gemeinsam mit den antiimperialistischen Gruppen stellten sie gar einen Teil der Ordner-Struktur der Demonstration.

In den folgenden Wochen fanden weitere Demonstrationen und Kundgebungen gegen die israelische Militärintervention statt, die jedoch, wohl nicht zuletzt aufgrund ausbleibender Gegenkundgebungen, etwas ruhiger verliefen. Jedoch wurde weiterhin islamistische und antisemitische Symbolik zur Schau gestellt, auf einer vom "Kasseler Friedensforum" organisierten Kundgebung wurde eine Person, die ein IDF-Shirt trug, angegangen und bedroht.

Mit dem Ende der Militäroperation im August, stoppten auch die Proteste, die letzte Demonstration fand am 15.08. statt.



Antiisraelische Demonstration in Kassel

Schmierereien und Propaganda

In der Fussgängerunterführung am Holländischen Platz entstanden ab Anfang Juni immer wieder kleinere Eddingschmierereien mit antisemitischen und antikommunistischen Inhalten. Es wurde mitunter "reds and jews go gas" (sic), "kill all jews" und "Judenschwein" hinterlassen, wenn die Schmierereien übermalt wurden, tauchten sie häufig innerhalb weniger Tage wieder auf. Anfang August wurden sie schliesslich auch durch die Polizei festgestellt, die eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung anfertigte. Gegen Ende des Monats erschienen die Schriftzüge abermals, bis der Täter sein Handwerk im Laufe der folgenden Wochen schliesslich einstellte.

Für öffentlichen Unmut sorgte derweil der Felsberger Stadtverordnete Karl Meyfarth ("Die Freien Bürger"), der, vermutlich ebenfalls im Bezug auf die israelische Operation, antisemitische Plakate in die Fenster seiner Behausung hängte. Die Polizei beschlagnahmte die Aushänge, auf denen unter anderem "Israel Rassisten wie die SS" zu lesen war, zunächst, als die Staatsanwaltschaft jedoch keinen Straftatbestand feststellen konnte, wurden sie an ihren Besitzer zurückgegeben, der sie unverzüglich wieder aufhing.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der Antisemitismus in Kassel im Jahr 2014 oftmals in seiner aktuell typischen Ausdrucksform zu äussern vermochte - kodiert, als vermeintliche "Israelkritik" und als Antizionismus. Offen antisemitische Fälle konnten zwar registriert werden, stellen jedoch in der Gesamtschau eine Minderheit dar.



Kasseler HoGeSa-Reisegruppe am Lohfeldener Rüssel

Der KSV, seine Hools und die "Hooligans gegen Salafisten"

Am Sonntag, den 26. Oktober fand unter dem Label "Hooligans gegen Salafisten" der bundesweit größte gewalttätige Neonaziaufmarsch der letzten Jahre in Köln statt. Über 4000 anwesende Neonazis und Hooligans lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Außerdem kam es vor und nach der Demonstration zu etlichen Übergriffen auf Migrant_innen durch polizeilich unbegleitete Hooligangruppen. Auch aus Kassel waren rechte Hooligans aus dem Umfeld des Kasseler Sportvereins zur Demonstration angereist.

Dass es in der Fankurve des KSV und vor allem bei den Kasseler Hooligans rechtsradikale Einstellungen gibt, ist seit Jahren bekannt und evident. Auch wenn der Fan-Beauftragte des KSVs beteuert, dass "die Kasseler Hooligan-Szene weitestgehend unpolitisch" sei, treten eben jene immer wieder mit rechtsradikalen Äußerungen auf. Im Mai 2013 besuchten etliche KSV-Hooligans ein später von der Polizei aufgelöstes Rechtsrockkonzert der Band "Kategorie C - Hungrige Wölfe" im Thüringischen Sollstedt. Nach der Auflösung des Konzerts skandierten die Fußballfans Sprechchöre wie "Hier regiert der KSV" oder das verbotene Propagandalied der HJ "Ein junges Volk steht auf".

Ebensowenig ist es zu leugnen, dass es auch unter den Stadiongänger_innen beim KSV ähnliche Tendenzen gibt. Im Juni 2013 wurde in der Heimkurve eine Fahne der neonazistische Fangruppierung "Borussenfront" aus Dortmund gezeigt. Zwar handelte es sich dabei um eine einmalige Aktion, welche von der

Kurve nicht gutgeheißen wurde, jedoch nur, weil dies unabgesprochen geschah und es sich um die Fanggruppierung eines anderen Vereins handelte.

Bundesweite rechtsextreme Vernetzungen der Kasseler Hools gab es jedoch schon vor den Hogesa-Demonstrationen. In dem 2012 vom bekannten Dortmunder Neonazi Sigfried Borchert gegründeten Hooligan-Netzwerk "GnuHonnters" engagieren sich auch Personen aus der Kasseler Szene. Zwar ist das Netzwerk kein homogener neonazistischer Verband, aber Ziel der Organisierung ist neben dem freundschaftlichen Austausch vor allem das Vorgehen gegen antirassistische Initiativen in den Stadionkurven. Ein eben solches Bestreben ist in Kassel seit Jahren zu beobachten. So wurden nicht nur mehrfach Einzelpersonen von KSV-Fans beleidigt und körperlich angegriffen, da sie antifaschistische Symbole trugen. Auch im Stadion selbst wurde einer kleiner Gruppe von Jugendlichen deutlich gemacht, dass die hegemoniale Fanströmung keine antifaschistische und antirassistische Positionierungen duldet. Auch die immer wieder stolz präsentierte Zaunfahne mit dem Spruch "Titten raus! Wir sind Sexisten!" zeugt von einer besonders antiemanzipatorischen Einstellung von Teilen der Kasseler Fanszene.

Zurück zu Hogesa

Nach der Demonstration am 26.10. in Köln setzte sich der 46-jährige Michael Viehmann aus Kassel besonders in Szene. Mit der Motivation, dass mehrere tausend Neonazis in Köln "erst der Anfang" gewesen wären, organisierte er eine gemeinsame Anreise aus Nordhessen für die nächste Veranstaltung der Nazi-Hools am 15.11. in Hannover, bei der er auch als Ordner fungierte.

Am Morgen des 15. November sammelten sich am Lohfeldener Rüssel circa zwei Dutzend Personen, um in zwei Kolumnen zur Hogesa Kundgebung nach Hannover zu fahren. Neben jungen und alten KSV-Anhängern waren auch bekannte Neonazis zu sehen. Unter ihnen der ehemalige NPD-Aktivist David Giesler aus Felsberg, um den es in den letzten Jahren still geworden war. Giesler kandidierte im Jahr 2009 für den Landtag und unterhielt beste Kontakte zu den Freien-Kräften Schwalm-Eder.

Die Veranstaltungen der "Hooligans gegen Salafisten" entwickelten eine hohe Anziehungskraft für rechtsoffene Fußballfans über altgediente Hooligans bis hin zur organisierten rechtsradikalen Szene. Dies trifft auch auf die Reisegruppen aus dem nordhessischen Raum zu.

Kagida

Da wir uns in diesem Reader lediglich auf das Jahr 2014 beziehen, ist auch der folgende Artikel in der Vergangenheitsform geschrieben. Bis zum Redaktionsschluss fanden die wöchentlichen Kagida-Demonstrationen noch statt.

Seit dem 1. Dezember fand jeden Montagabend um 18:30 Uhr eine Kundgebung mit anschließendem "Abendspaziergang" namens Kagida ("Kassel gegen die Islamisierung des Abendlandes") statt.

Kagida wurde allwöchentlich von Michael Viehmann angemeldet und moderiert. Viehmann war schon vor dem 01.12. aufgefallen, als er die Anreise aus Kassel zu den Hogesa-Aufmärschen in Köln und Hannover organisierte. Dies machte er zusammen mit David Giesler, der bei der Bundestagswahl 2009 in Waldeck-Frankenberg für die NPD kandidierte und auch bei Kagida als Ordner auftrat und Journalist_innen abfotografierte. Neben Viehmann traten als weitere Redner Victor Seibel von der Kasseler Friedensmahnwache und der Pressesprecher der AfD Kassel-Stadt, Manfred Mattis auf. Auch bei Viehmann ist mittlerweile bekannt, dass er AfD-Mitglied ist.

Desweiteren redeten bei Kagida Edwin Wagenveld, der in Hogesa-Kreisen als "Der Holländer" bekannt ist und einen Waffenshop im Internet betreibt, oder auch Heidi Mund, eine christliche Fundamentalistin aus Frankfurt am Main, die als "Heidi die mutige Deutsche" im Internet sowie durch ihre Rede bei Hogesa in Hannover bereits zweifelhafte Bekanntheit erlangen konnte und später Pegida Frankfurt mitorganisierte.

Auch Teile des mittlerweile nicht mehr aktiven Freien Widerstands Kassel (FWKS), wie beispielsweise Marcel Weifenbach, tauchten in der Vergangenheit bei der Kagida-Demo auf oder übernahmen Ordnerfunktionen.

Die Zahl der Teilnehmenden bei Kagida begann mit 100 und steigerte sich im Dezember auf bis zu 170 Personen. Das Einzugsgebiet der TeilnehmerInnen reichte von Osthessen über den Schwalm-Eder-Kreis und Waldeck-Frankenberg bis in das Eichsfeld und die Harzregion. Bei dem wöchentlichen rassistischen Aufmarsch fanden sich regelmäßig Neonazis aus dem Eichsfeld, des ehemaligen FWKS, der "Kameradschaft Sturm 18 Cassel" sowie eine Viehlzahl an AfD-Mitgliedern ein. Neben dem üblichen "Wir sind das Volk" wurden auch Parolen wie "Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!" gerufen.

Die Route von Kagida verlief nach einer Auftaktkundgebung am Scheidemannplatz über Ständeplatz und Friedrich-Ebert-Straße zur Bürgermeister-Brunner-Straße und zurück zum Auftaktort. Der kurze Weg einmal um den Block wurde mehrfach durch antifaschistischen Gegenprotest blockiert, am 22. Dezember musste Kagida deshalb am Ständeplatz umdrehen, der erste geplante Spaziergang am 1. Dezember wurde aufgrund von Sicherheitsbedenken garnicht erst laufen gelassen.

Neonaziübergriffe und Polizeigewalt

Wiederholt waren während oder nach Kagida Gruppen von Nazihoos in der Stadt unterwegs. Am 22. Dezember konnte eine Gruppe von 20 Nazihoos ohne



Polizeibegleitung durch die Stadt ziehen und bewegte sich dabei im Umfeld der Friedrich-Ebert-Straße. Im Mündungsbereich der Friedrich-Engels-Straße/Königstor, unmittelbar vor der Polizeiwache der Operativen Einheit, bereitete sie sich gegen 19.20 Uhr auf einen Angriff vor. Daraufhin setzte sie sich in Richtung Friedrich-Ebert-Straße in Bewegung und griff auf Höhe der Straßenbahnhaltestelle Karthäuserstraße eine Gruppe von Antifaschist_innen an, die sich zahlenmäßig deutlich in der Unterzahl befanden. Die anwesende Polizei schritt erst spät ein und nahm sechs Antifaschist_innen brutal fest. Die Nazihoos konnten den Ort ohne Personalienfeststellung oder Festnahmen verlassen.

Auch im Hauptbahnhof kam es an diesem Tag zu einem Übergriff aus einer Gruppe von 15 Personen auf zwei Antifaschist_innen. Danach konnten die Angreifenden ohne polizeiliche Maßnahmen mit dem Cantus Richtung Göttingen abreisen.

Kagida und die rassistische Mitte

Kagida gibt vor, ähnlich wie ihre Mutter-Gruppierung Pegida in Dresden, nur gegen vermeintlich "extremistische" Islamisten zu stehen. Wenn man sich jedoch die Mühe macht, die Forderungen von Kagida zu lesen, entsteht schnell ein anderes Bild. Dort wird gezielt das ohnehin restriktive deutsche Asylrecht angegriffen. Dieses war im Jahr 1993, als Reaktion auf die rassistischen Pogrome in Deutschland, durch den so genannten "Asylkompromiss" ohnehin faktisch abgeschafft worden. Kagida fordert, das Gesetz nach dem "holländischen oder schweizer Modell" umzugestalten. Das Asylrecht in Holland beispielsweise wird von Rechten deshalb befürwortet, weil dort die Asylverfahren oft schon nach wenigen Tagen entschieden sind und sich die unerwünschten Personen schneller wieder abschieben lassen.

Mit Forderungen wie "Stoppt die Islamisierung Europas" auf einem PI-News Transparent, das bei Kagida-Demonstrationen wiederholt gezeigt wurde, wird außerdem suggeriert, dass beispielsweise der deutsche Staat kurz davor wäre, zu einem Kalifat zu werden. Statt sich mit jenen zu solidarisieren, die tatsächlich

von den Truppen und Sympathisant_innen des Islamischen Staates bedroht sind, wie beispielsweise den Kurd_innen, werden diese als ausländische Extremisten und Feinde der Demokratie diffamiert.

Kagida ist als Ausdruck von gesellschaftlichem Rassismus und Sozialchauvinismus zu deuten. Personen, die schon länger aus der Naziszene bekannt sind, sprangen auf diesen Zug auf. Dieses Phänomen beschränkte sich nicht nur auf Kassel, sondern war auch in weiteren Städten, in denen sich Pegida-Ableger gegründet hatten, der Fall. Kagida war als Ableger relativ früh in Erscheinung getreten, ihr Organisator konnte für das provinzielle Nordhessen mit bis zu 200 Kundgebungsteilnehmenden eine beachtliche Anzahl von Menschen mobilisieren, welche er im Anschluss auf der von ihm verwalteten Facebookseite gerne verdoppelte.

Rassistische Mobilmachung

Thema Nummer 1. extrem Rechter Kräfte in und um Kassel war im Jahr 2014 die "Asylpolitik".

Anders als Ende des Jahres 2013, dort beschmierten RassistInnen das zukünftige Asylbewerber_innenheim in Kassel-Forstfeld und waren vereinzelt bei Ortsbeiratssitzungen präsent, versuchte man im März 2014 subtiler gegen ein geplantes Heim in der Seebergstraße zu hetzen. Es wurden in einer Agit-Prop-Aktion Flugblätter an die Anwohner_innen verteilt, in denen unter anderem ironisch dazu aufgerufen wurde, keinen Alkohol zu konsumieren oder Schweinefleisch zu grillen. Die Aktion geht vermutlich auf das Umfeld der so nicht mehr existenten Identitären Bewegung Kassel zurück. Vom 28. auf den 29. März brannte die Gartenlaube des Heims in der Seebergstraße, die Polizei nannte als Brandursache einen mit Leinöl getränkten Lappen, mit dem, so hieß es weiter, Tags zuvor gearbeitet worden war.

In Eschwege verteilte die Kleinstpartei "Der Dritte Weg" Flugblätter gegen Asylbewerber_innen, nachdem bekannt geworden war, dass die Hersfeld-Rothemberger Kreisverwaltung plante, im ehemaligen "Hotel Immensee" eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete einzurichten. Auch die NPD hetzte gegen ein Heim in Ronshausen. Die NPD Hersfeld-Rothenburg gehört zu einen der wenigen Kreisverbände, die noch arbeitsfähig sind.

In NRW wurden zwei neue Erstaufnahmestellen für Asylbewerber_Innen eröffnet, eine davon in Borgentreich (Kreis Höxter). Hier wurde eine ehemalige Militärkaserne, welche seit Anfang der 90er leergestanden hatte, notdürftig umgebaut. Noch während die Umbaumaßnahmen liefen, wurden mehrere der Gebäude mit Hakenkreuzen und rassistischen Parolen besprüht. Wiederholt wurden nachts pyrotechnische Sprengsätze vor der Anlage gezündet.

Bereits im Vorfeld hatten RassistInnen, welche unter anderem der Identitären Bewegung zuzordnen sind, versucht, bei einer Bürgerinformationsveranstaltung Stimmung gegen Geflüchtete zu machen. Auch in Dorfkneipen bemühte man sich, gegen das Heim zu agitieren, mehrere Personen fanden sich nach der Eröffnung desselben vor dem Tor zusammen und provozierten. Der Sicherheitsdienst erteilte ihnen einen Platzverweis.

Den Höhepunkt rassistischer Agitation stellte der all montägliche Aufmarsch von Kagida dar.

Montagsmahnwachen

Die seit Jahren stattfindenden Montagsmahnwachen der Reichsbürger gab es im Jahr 2014 nicht mehr. Ihr Organisator Peter Pawlak verstieß 2013 mehrmals gegen versammlungsrechtliche Auflagen, weswegen er die wöchentliche Kundgebung einstellte.

Wie in vielen anderen deutschen Städten entwickelte sich auch in Kassel seit Juni 2014 ein fester Kreis an Personen, die die "Mahnwachen für den Frieden" organisierten.

An jedem Montag konnte man seitdem, zumeist am Königsplatz, einer bunten Melange aus Friedensphrasen, Globalisierungskritik, Esoterik und Verschwörungstheorien lauschen. Dies zog das gesamte Jahr hinweg stetig Personen an, die die Mahnwachen besuchten und sich teilweise auch vermehrt an der Organisation beteiligten. Im Sommer kamen regelmäßig 40-50 Personen zu den Kundgebungen, jedoch kam es auch zu Zerwürfnissen untereinander. So gab es zwischenzeitlich im Spätsommer eine zweite Mahnwache am Kasseler Hauptbahnhof, welche jedoch lediglich von einem ursprünglichen Organisator veranstaltet wurde, der meistens alleine auf dem Bahnhofsvorplatz stand und die Kunden einer Fastfood-Kette als seine Zuhörerschaft ansprach.

Besonders Verschwörungstheorien, welche als universale Deutungsmuster auf noch so heterogene Phänomene angewendet werden, wurden auf den Mahnwachen propagiert. Hinter der vermeintlichen Kritik an einzelnen Banken steht die Behauptung, dass man das Wirken eines Feindes im Verborgenen belegen könne. Regressiver Antikapitalismus, Antiimperialismus und Antisemitismus sind fundamentaler Bestandteil der meisten Verschwörungstheorien. Diese haben hohes Anschlusspotential an rechte Ideologien oder sind bereits inhärenter Teil derer. So ist es nicht weiter verwunderlich, dass auch ein Mitglied des ehemaligen Freien Widerstandes Kassel (FWKS) mehrere Montagsmahnwachen besuchte. Zwar gibt sich Manuel von Berg in der Öffentlichkeit nicht mehr als Neonazi, von seiner Vergangenheit als Führungsperson beim FWKS und ehemaliger Ordnungsdienstleiter der NPD Jugendorganisation JN hat er sich jedoch nicht distanziert oder sich damit auseinandergesetzt. Von Berg betrieb außerdem den rechtsradikalen Versandhandel "Wintersonne".

Am 15. September spielte Marcel Wojnarowicz aka Wojna, der Sänger der Band "Die Bandbreite" auf der Montagsmahnwache in Kassel. Die Band tritt mittlerweile nur noch auf Montagsmahnwachen und Veranstaltungen von Verschwörungstheoretiker_Innen auf. Auch Manuel von Berg wollte der Querfront-Band lauschen. Des Weiteren war Michael Viehmann auf der Mahnwache am 24. November anwesend. Er hat Kontakt zum ehemaligen Mitorganisator der Mahnwachen, Victor Seibel, der wiederum auf Kagida-Veranstaltungen redete. Aus seinen Aktivitäten bei Kagida resultierte für Seibel jedoch ein Redeverbot auf der von ihm mitgegründeten "Mahnwache für den Frieden".

Die Zahl der BesucherInnen der Kundgebung sank in den Herbst- und Wintermonaten erheblich. Nicht verwunderlich, wenn ihre eigenen Organisatoren lieber auf einen neuen rechtspopulistischen Zug aufspringen. Möglich ist dennoch, dass im Frühjahr 2015 eine bundesweite Mahnwache in Kassel stattfindet.



Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen: Nickerchen in der Rothenbachhalle

Das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen in Kassel

Am 17. und 18. Mai 2014 fand in Kassel das Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen statt. 4000 BesucherInnen aus der gesamten Bundesrepublik und Gäste aus dem Ausland zog das Event in den Kasseler Messehallen an.

Die Landsmannschaft Ostpreußen, wie auch Vertriebenenverbände im Allgemeinen, sind überaltert, zu dem alle drei Jahre stattfindenden Treffen kommen immer weniger BesucherInnen.

Die BesucherInnen reagierten zum großen Teil empört bis aggressiv auf eine antifaschistische Gegenkundgebung, es kam zu Beleidigungen und impulsiven Anfeindungen. "Wenn Deutschland nicht 1939 den Präventivkrieg gegen Polen geführt hätte..." oder "Ihr habt uns jahrelang regiert und betrogen!" waren einige der humorvolleren Reaktionen.

In einer der großen angemieteten Hallen standen Biertische, Ortsschilder der ehemaligen ostpreußischen Städte hingen von der Decke und Essensstände versorgten die BesucherInnen. Doch nicht nur Bernsteinschmuck und Trachtenmode wurden angepriesen, weitere Stände gab es von der Preußischen Allgemeinen Zeitung, der Landsmannschaft Ostpreußen und auch vom Gedächtnisverein Agnes-Miegel. Agnes-Miegel war eine nationalsozialistische Dichterin und glühende Verehrerin Adolf Hitlers.

Der Stand des "Bund Junges Ostpreußen" (BJO), der derzeitigen Jugendorganisation der Landsmannschaft, fiel allein schon deshalb auf, weil er als einziger von jüngeren Menschen betrieben wurde. Dort fand man neben Aufklebern, Feuerzeugen, Kaffeetassen und Regenschirmen mit dem Logo des BJO auch eine Wand, an der die BesucherInnen aufgefordert waren, ihre Antwort auf die Frage, ob Ostpreußen Zukunft habe, niederzuschreiben. Heraus kamen dabei Sätze wie "Deutschlands Zukunft lag schon immer im Osten".

Höhepunkt des Samstags war die Verleihung des Ostpreußischen Kulturpreises

an den emeritierten Rechtsprofessor Ingo von Münch für sein Buch "Frau, komm!", das bereits in der 3. Auflage im rechten Ares Verlag erschienen ist. "Zu den schlimmsten Verbrechen im Zweiten Weltkrieg gehören die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch sowjetische Soldaten 1944/45" heißt es im Klappentext. Anschließend bekam Christian Tilitzki den Gierschke-Dormburg-Preis für seine Arbeit über die Albertus-Universität Königsberg verliehen. Tilitzki fiel durch die NS-Apologik seiner Doktorarbeit auf, sie sei "für den Gabentisch der Antisemiten" (Berliner Zeitung) und enthalte "Merkmale intellektuellen Antisemitismus" (ZEIT).

Der EBO e.V. - Klartext am Rande des Deutschlandtreffens

In den Gesprächen beriefen sich viele ältere BesucherInnen auf den Ostpreußentag als Kulturevent und blendeten die politische Dimension der Veranstaltung aus. Neben Marzipan, Bernstein und Bildbänden bietet die Landsmannschaft Ostpreußen jedoch vor allem ein verdrehtes Bild der Geschichte, in dem ein deutscher Opfermythos beständig reproduziert wird. Dies zeigt sich u.a. an der Charta des Bundes der Vertriebenen (BDV), in welchem die deutschen Vertriebenen als die vom Krieg "am schwersten Betroffenen" umgedeutet werden.

Die politische Forderung nach der Wiederaneignung ostpreußischer Gebiete und der Wiederherstellung des preußischen Staates ließ die Landsmannschaft Ostpreußen erst im Rahmen der EU-Osterweiterung langsam fallen. Eine Stärkung und Förderung der "deutschen Volksgruppe" im ehemaligen Ostpreußen ist jedoch weiterhin ein erklärtes politisches Ziel. Radikalere Forderungen werden von Gruppen formuliert, die der Landsmannschaft nahe stehen. So verteilte der Pro Deutschland Bundesgeschäftsführer Lars Oliver Seidensticker vor dem Eingang der Messerhallen Postkarten seines Vereins Eigentümerbund Ost (EBO). Der EBO e.V. fordert u.a. Entschädigungszahlungen für Vertriebene aus den Ostgebieten sowie die Einführung von zweisprachigen Ortseingangsschildern in den Ostgebieten. Der Tonfall der EBO ist, im Gegensatz zur Landsmannschaft Ostpreußen, klar politisch. Seidensticker nutzt seinen Verein zudem, um Werbung für die rechtspopulistische Partei Pro Deutschland zu machen.

Bei den BesucherInnen des Deutschlandtreffens kamen die Postkarten von Seidensticker sehr gut an, einige traditionell gekleidete Frauen ließen sich mit dem Werbematerial fotografieren. Die OrganisatorInnen des Deutschlandtreffens hingegen untersagten es Seidensticker, das Material auf dem Gelände des Treffens zu verteilen, um nicht mit ihm in Verbindung gebracht zu werden. An der Veranstaltung teilnehmen durfte er trotzdem.

Unter den TeilnehmerInnen befanden sich einige bekannte Neonazis, darunter Maik Mosebach und Marie-Luise Süß-Lindert (Siehe "Die Rechte Werra-Meißner-Kreis").

Kurzmeldungen

Angriff auf Autonomes Schwulenreferat und kritische Wissenschaft an der Universität Kassel

2. Januarwochenende

Das Autonome Schwulenreferat der Universität Kassel wurde im Laufe des Zweiten Januarwochenendes mit Fäkalien beschmiert. Der Angriff reiht sich in eine europaweite Mobilmachung gegen nicht-heteronormative Lebensweisen ein.

So machen reaktionäre Kräfte als angebliche "besorgte Eltern", ausgehend von Baden-Württemberg und mittlerweile auch in anderen Bundesländern, mobil gegen neue Bildungspläne, in denen unter anderem die sexuelle Vielfalt Gegenstand des Schulunterrichts sein soll. Sie fürchten eine "Frühsexualisierung" ihrer Kinder sowie eine "Umerziehung" durch eine "Gender-Ideologie". In diesem Zusammenhang bekamen auch Wissenschaftler_innen aus den Bereichen der kritischen Geschlechter- und Sexualwissenschaften, unter ihnen auch Lehrpersonal der Universität Kassel, Mord- und Vergewaltigungsdrohungen.

Der Anti-"Genderismus" ist ein spektrenübergreifendes und die extreme Rechte einendes Fragment. So ist der "Genderwahn" auch immer wieder Gegenstand der Reden von Kagida, so zum Beispiel am 29. Dezember, als Heidi Mund sprach.

Körperverletzung und Hitlergruß in Eschwege

30. Januar 2014

Gegen 18:30 rief in Eschwege (Werra-Meißner-Kreis) im Südring ein 35-jähriger Neonazi rechte Parolen aus einem Haus und streckte die Hand zum Hitlergruß. Darauf angesprochen warf er mit einem Blumentopf aus dem 3. Stock und verletzte eine Person.

Honorarmitarbeiter der Stadt Kassel wird wegen rechter Aktivitäten gekündigt

19. Februar 2014

Nachdem der Stadt Kassel bekannt wurde, dass ihr Honorarmitarbeiter im Bereich der ambulanten Jugendbetreuung, Dominik Riemenschneider, sich in der Vergangenheit rechtsradikal betätigte, wurde die Zusammenarbeit gekündigt.

Er meldete unter anderem die nicht mehr existente Internetseite der NPD Kassel an. Darüber hinaus war er Chargierter der Burschenschaft Germania Kassel.

Manfred Roeder

30. Juli 2014

Der Rechtsterrorist und Holocaustleugner Manfred Röder verstarb am 30. Juli im Alter von 85 Jahren in Neukirchen (Schwalm-Eder-Kreis). Röder, der unter anderem Anwalt von Rudolf Heß war, gründete 1980 eine terroristische

Vereinigung, welche unter dem Namen "Deutsche Aktionsfront" mehrere Sprengstoffanschläge durchführte. Nach einer 13-jährigen Haftstrafe war Röder in den 1990er Jahren weiterhin eine wichtige Person in der radikalen Rechten. Bis zu seinem Tod wurde er mehrfach verurteilt, insbesondere wegen volksverhetzender Schriften und Leugnung des Holocausts.

Versuchter rassistischer Übergriff auf Nachbarn

Anfang November

An einem späten Abend im November versuchte in Hann. Münden ein Neonazi seine vermeintlich ausländischen Nachbarn anzugreifen. So schlug er gegen die Wohnungstür und rief neonazistische Parolen. Der 38-jährige hörte darüber hinaus so laut Rechtsrock und Hitlerreden in seiner Wohnung, dass seine Nachbarn im Wortlaut mithören konnten. Als die Polizei anrückte, griff er auch diese an.

"Sieg Heil"-Rufe in Eschwege

11. November 2014

Am Abend des 11. November 2014 wurde in Eschwege (Werra-Meißner-Kreis) in der Forstgasse ein Mann vorläufig festgenommen. Als er durch die Innenstadt lief, rief er nationalsozialistische Parolen, darunter "Sieg Heil".

Im Gerichtssaal

Rechter Pensionär beleidigt Landrat

Der Landrat Uwe Schmidt (SPD) erkannte der wegen Volksverhetzung verurteilten Margret Nickel, welche in Wahlsburg-Lippoldsberg (Landkreis Kassel) eine Buchhandlung betreibt, den hessischen Landesehrenbrief ab. Daraufhin bekam er von einem 77-jährigen Münchener Pensionär einen Brief mit beleidigendem Inhalt. Der Rentner spricht sich dafür aus, das Leugnen des Holocaustes nicht mehr unter Strafe zu stellen. Er wurde vom Amtsgericht Kassel wegen Beleidigung zu 25 Tagessätzen zu je 35 Euro verurteilt.

Rassistischer Übergriff vor Disko in Eschwege

In Eschwege (Werra-Meißner-Kreis) wurde vor dem Amtsgericht gegen einen 21-jährigen wegen Körperverletzung und Beleidigung verhandelt. Nachdem der Beschuldigte eine Abfuhr in der Disko erhalten habe, beleidigte er die Betroffene rassistisch als "Neger" und "Affe" und schlug einer zweiten Person ins Gesicht, woraufhin sich diese wehrte. Der Angeklagte trug Verletzungen im Gesicht davon, mit welchen er sich vor Gericht als Opfer zu verkaufen versuchte. Der wegen Gewalttaten vorbestrafte Angeklagte wurde, nachdem mehrere Strafen zusammengefasst wurden, zu 85 Tagessätzen zu je 10€ verurteilt. Das Urteil ist rechtskräftig.

Kriegswaffenfund bei neonazistischen Sportschützen

Nachdem ein Jesberger Neonazi zwei Jahre zuvor indizierte Liedtexte der Band Landser im Internet hochgeladen hatte, musste er sich im Juli vor dem Amtsgericht in Fritzlar wegen Volksverhetzung verantworten. Obwohl bei seiner Hausdurchsuchung eine Vielzahl an rechten Schriften gefunden wurde, schaffte er es, das Gericht glauben zu lassen, er habe sich vom Nationalsozialismus distanziert, da er diesen für nicht mehr durchsetzbar halte. Er wurde im Hinblick auf seine Distanzierungen von der rechten Szene zu vier Monaten auf Bewährung und einer Geldstrafe in Höhe von 1500€ verurteilt.

Dass er bereit war, den Nationalsozialismus auch mittels Waffengewalt durchzusetzen, zeigten mehrere Waffenfunde. Im Jahr 2013 fanden der polizeiliche Staatsschutz und das BKA bei dem ehemaligen Sportschützen eine Handgranate und - unter einer Hakenkreuzflagge - eine Marihuanapflanze.

Altnazi wird wegen Beleidigung verurteilt

In Fritzlar (Schwalm-Eder-Kreis) wurde vor dem Amtsgericht gegen einen Altnazi aus Bad Zwesten unter anderem wegen Beleidigung verhandelt.

In Anrufen im Sekretariat der Gustav-Heinemann-Schule in Borken beleidigte er junge Türken als "Ratten" und "fremdvölkisches Ungeziefer". Weiter drohte er, Skinheads mit Baseballschlägern vorbeizuschicken, sowie den Schulleiter "vergasen" zu lassen. In einem Leserbrief an die Lokalzeitung äußerte er sich rassistisch über die muslimische Gemeinde in Borken. Darüber hinaus beleidigte er in anderen Leserbriefen die Thilo Sarrazin-Kritikerin Mely Kiyak als "türkische Drecksschlampe", bei der es Zeit werde, dass sich der NSU um sie kümmere. Während der Verhandlung jammerte der Altnazi, dass es keine "Volksgemeinschaft" mehr gäbe. Eine Gutachterin bescheinigte dem 78-Jährigen verschiedene psychische Störungen, welche sich strafmildernd auswirkten. Er wurde zu 10 Monaten auf Bewährung und 1000€ verurteilt.

Neonazi wird wegen Hitlergruß verurteilt

In Kassel vor dem Amtsgericht wurde gegen Jan Juris aus Helsa (Landkreis Kassel) wegen Zeigen des Hitlergrußes verhandelt. Er hatte im Juni 2013 auf dem Hessentag in Kassel einer Passantin auf die Kamera geschlagen und danach die Hand zum Hitlergruß gehoben. Der aus Halberstadt (Sachsen-Anhalt) stammende Juris wurde bereits wegen diverser Straftaten, unter anderem Körperverletzung, Volksverhetzung und Beleidigung, mehrfach verurteilt. Zur Tatzeit war er bereits zweimal auf Bewährung, ebenfalls wegen Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, weshalb er zu fünf Monaten Haft verurteilt wurde. Die Verteidigung legte Berufung gegen das Urteil ein, der Berufungsprozess steht noch aus.

24-Jähriger zu zwei Jahren Haft verurteilt

Im Dezember 2014 musste sich Benjamin Bauermeister wegen einer Vielzahl von Straftaten vor dem Amtsgericht Kassel verantworten, darunter Körperverletzung, Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung eines Amoklaufs, Verstoß gegen das Gewaltschutzgesetz und wiederholtes Zeigen von Verfassungsfeindlichen Symbolen. Er fiel in der Vergangenheit im Dunstkreis der "Kameradschaft Sturm 18 Cassel" auf, gab allerdings an, mit dieser nichts mehr zu tun zu haben. Wie seine Bekannten von Sturm 18, besuchte auch

Bauermeister mehrfach die rassistischen Kagida-“Spaziergänge“. Er wurde zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Fazit - das Jahr 2014

Rückblickend betrachtet, zeichnet sich das Jahr 2014 durch vielschichtige rechte Aktivitäten in der Region Nordhessen aus. Während weiterhin kein agitationsfähiger neonazistischer Zusammenhang besteht, existiert trotzdem ein loser Zusammenhang aus Teils militanten Neonazis in der Region. Wie bereits in den Jahren zuvor, zogen größere Events wie der Eichsfelder Heimattag oder Demonstrationen Personen aus dem Umfeld des ehemaligen "Freien Widerstand Kassel" (FWKS) oder der Säuferkameradschaft "Sturm 18", oft auch gemeinsam, an.

Mit der Haftentlassung Bernd Tödters Anfang des Jahres trat die selbsternannte Kameradschaft "Sturm 18" wieder häufiger im Bereich der Innenstadt in Erscheinung. Tödter saß seit Juli wieder in Untersuchungshaft, somit wurde es um den Dunstkreis von "Sturm 18" wieder schlagartig ruhig.

Verglichen mit 2013, waren 2014 die "Identitäre Bewegung" oder auch die Burschenschaft Germania kaum von Bedeutung.

Mit dem Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen im Mai sowie den wöchentlichen Montagsmahnwachen kamen neue Recherchefelder hinzu.

Seit den Demonstrationen von Hogesa und Kagida, rückt Kassel wieder stärker als Ort für Organisation und Agitation von Neonazis in den Fokus. Als wöchentlicher Anmelder und Organisator ist Michael Viehmann die zentrale Figur von Kagida. Ohne die Unterstützung des AfD Kreisverbandes sowie dem Kreis der Helfenden, darunter etliche bekannte Neonazis, wären die wöchentlichen Aufmärsche nur schwer zu bewältigen. Der wöchentliche Aufmarsch stellt hessenweit ein Novum dar. Wie lange noch die Demonstrationen von Kagida stattfinden, ist unserer Einschätzung nach zum einen abhängig von den ursprünglichen Versammlung in Dresden und der Dauer und Intensität des öffentlichen Diskurses, zum anderen aber auch von der Bereitschaft der teilnehmenden RassistInnen und den verantwortlichen Organisierenden selbst.

Ebenso ist zu beobachten, inwiefern sich aus Kagida neue Netzwerke und Strukturen herausbilden. Deshalb wird auch im Jahr 2015 Kagida ein bedeutsames Problem sein, welches es zu beobachten und zu kritisieren gilt. Gleiches gilt für die Normalisierung rassistischer und antiemanzipativer Diskurse in der Gesellschaft. Der rasche Schulterschluss aus Verschwörungspapologie, Antifeminismus und rassistischer Rechte, welche als besorgte Stimme des "Volkes" wahrgenommen werden möchte und zu Hunderten auf die Straße geht, muss in den Fokus antifaschistischer Debatten und Intervention gerückt werden.

Wir hoffen, dass wir mit diesem Jahresbericht einen Überblick über rechte Aktivitäten und Strukturen in Kassel und Umgebung liefern konnten. Da diese Arbeit in Zukunft sicherlich nicht weniger wird, sind wir weiterhin auch auf eure Unterstützung angewiesen, dafür sind wir dankbar. Ebenso bedanken wir uns für die finanzielle Unterstützung, welche diesen Bericht ebenso ermöglichen.

Antifaschistisches Sommercamp

**27.-30. August 2015
Nordhessen**

antifabash.noblogs.org

Antifaschistische Gruppe TASK
Februar 2015

